

Rede zu Polizeigewalt

Antifa Würzburg

13.12.2020

Triggerwarnung: Polizeigewalt, sexualisierte Gewalt, Misogynie, Queerfeindlichkeit

Dieses Jahr ist Polizeigewalt in den öffentlichen Fokus gerückt. Der Mord an George Floyd und die darauf folgenden rassistischen Morde durch Polizist:innen schlugen weltweit Wellen. Doch wie so oft ist das öffentliche Interesse wieder schnell abgeflaut. Zum Abschluss dieses Jahres, das nicht nur von Covid-19, sondern auch von Polizeigewalt – wie beispielsweise im Zuge der BLM-Bewegung oder bei der Räumung des Dannenröder Forsts - und dem Aufdecken von rechtsextremen Polizei-Chatgruppen und -Netzwerken geprägt war, wollen wir heute zusammenkommen um strukturelle Gewalt und Repressionsmuster der Sicherheitsbehörden aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Das AntiRa-Referat gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit Uni Würzburg wird eine Rede über rassistische Polizeigewalt halten, Ende Gelände Würzburg von Gewalt gegen Klimaaktivist*innen berichten und wir, von der Antifa Würzburg, möchten das Thema gleich aus antifaschistischer und feministischer Perspektive beleuchten.

Beim Thema Polizeigewalt haben die meisten Bilder von George Floyd oder G20 vor Augen. Häufig vergessen wird dabei, dass sich Gewalt nicht nur physisch, sondern auch psychisch äußern kann. Gerade die Anzeige von sexualisierter Gewalt schadet meist mehr als dass sie nutzt. Ungeschulte und übergriffige Polizist*innen stellen traumatisierten Betroffenen grenzüberschreitende und intime Fragen, was zur Retraumatisierung führen kann. Polizist:innen sind oft nicht ausreichend ausgebildet, um mit Themen wie sexualisierter oder auch häuslicher Gewalt sensibel umzugehen und all zu oft kommt es zu einer Täter:innen-Opfer-Umkehr durch Fragen wie „Warum hattest du nicht mehr an“, „Warum warst du nachts alleine unterwegs“ und ähnliches. Dem Opfer wird so eine Mitschuld am Verhalten der Täter:innen gegeben, was victim blaming genannt wird. Aber auch außerhalb der Anzeigeerstattung kommt es immer wieder zu misogynem, rassistischem, klassistischem und queerfeindlichem Verhalten durch Polizist:innen, nicht nur im Kontext von politischen Aktionen, sondern auch bei sogenannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“. Gerade im aktivistischen Kontext gibt es immer wieder Berichte über Aktivist:innen, die sich von Polizisten abtasten lassen und sich teils sogar ausziehen mussten. Aktivist:innen im Kessel oder in der Gesa wird

der Gang zur Toilette, Nahrung und Trinken verwehrt. Über die Ergebnisse des verwehrten Toilettengangs wird sich im Anschluss köstlich amüsiert. Im Sommer fand die Räumung der Liebigstraße 34 in Berlin, einem queerfeministischen Hausprojekt, statt. Im Zuge dessen verloren nicht nur viele Aktivist:innen ihr zuhause, es tauchten auch Fotos und Videos auf, in denen effekthascherisch und in voyeuristischer Manier die Privaträume der Bewohner:innen gezeigt wurden. Das konservative Bürgertum konnte sich anschließend dank Polizei und Springerpresse über die „asozialen“ Wohnverhältnisse der angeblich so dreckigen Zecken auslassen. Dass bei der Räumung sämtliche Einrichtungsgegenstände und Besitztümer zerstört wurden, spielte für den Klatsch keine Rolle.

Grenzüberschreitungen durch Polizist:innen sind allgegenwärtig. Sei es bei Hausdurchsuchungen, bei denen in die Privatsphäre eingedrungen und Besitz mit teils hohem emotionalen oder finanziellen Wert (wie Handys und Laptops) zerstört oder für Monate einbehalten werden und sich Betroffene in ihrer eigenen Wohnung nicht mehr sicher fühlen, sei es bei viel zu sehr ins Detail gehenden und teils erniedrigenden Befragungen zu Gewalterfahrungen, bei Verhaftungen, im Kessel, auf Demos, im Gewahrsam oder bei Räumungen. In allen Situationen wird in die Intimsphäre der Betroffenen eingegriffen. Viele Menschen sind in Folge von Polizeigewalt stark traumatisiert und auch die psychischen Folgen von Repression dürfen nicht ignoriert oder heruntergespielt werden. Und während eine so große Zahl an Personen in Folge ihrer Erfahrungen mit der Polizei leidet, schießt diese freudig „Triumphfotos“ mit denen sie sich selbst feiert, wie kürzlich bei der Räumung des Dannenröder Forsts oder der Räumung der Liebig 34. Insgesamt scheinen die Sympathien der Polizei nicht auf Seiten von marginalisierten Gruppen oder linken Aktivist:innen zu sein, sondern vielmehr bei Rechten und Faschist:innen. Dies zeigen auch die zahlreichen rechtsextremen Chatgruppen, in denen volksverhetzende, NS-verherrlichende, antisemitische und Holocaust relativierende Inhalte verbreitet werden.

Das Aufdecken dieser Chatgruppen ist schwer, weil Korpsgeist dafür sorgt dass Polizist:innen sich nicht untereinander verraten. Auch Anzeigen gegen die Polizei laufen deshalb ins Leere und werden mit einer Gegenanzeige wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte oder Beleidigung und erlogenen Vorwürfen beantwortet. Polizist:innen decken sich hierbei als Zeug:innen gegenseitig. Als gutes Beispiel kann der G20 Gipfel 2017 in Hamburg herangezogen werden. Trotz unzähligen Berichten von Polizeigewalt und teils hochgradig gefährlichen Situationen, bei denen es im Nachhinein wie ein Wunder wirkt, dass niemand getötet wurde, wie beim Kessel der „Welcome to Hell“ Demonstration, kam es bis heute zu keiner einzigen Anklage gegen Polizist:innen. Lediglich ein Polizist wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt – weil er einen Kollegen im Streit leicht verletzt hatte. Um jeden Widerstand gegen das Gewaltmonopol des Staates zu brechen, wurde extra kurz vor G20 im Sommer 2017 der Straftatbestand „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ so erweitert, dass schon kleinste Handlungen von Seiten der Aktivist:innen als Widerstand geahndet und entsprechend hoch bestraft werden. Während gerade darüber diskutiert wird, ob es schon strafbar sein soll bei einer Demonstration bei der es zu Ausschreitungen kommt,

nur mitzulaufen und damit Teil einer Gruppe zu sein, von der Gewalt ausgeht – unabhängig, ob man selbst etwas gemacht hat – müssen Polizist:innen in den seltensten Fällen Konsequenzen für ihr oft unverhältnismäßiges Handeln spüren. Auch bei Gegenprotest gegen Nazis und in jüngster Vergangenheit gegen Querdenken ist es vorgekommen, dass, obwohl Nazis oder „Querdenker:innen“ offensichtlich gegen Auflagen verstoßen, lieber der Gegenprotest mit Wasserwerfern angegriffen wurde.

Meist ist die Polizei auf dem rechten Auge blind und rassistisch. Die rassistische Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds, kurz NSU, wurde in den Medien als „Dönermorde“ bekannt, in denen die „BAO Bosphoros“ ermittelte. Angeblich handelte es sich hierbei um Morde aus dem Drogenmilieu und es kam zu Verdächtigung, und Bedrängung der Angehörigen. So mussten die damals zwölfjährige Tochter und die Frau von Habil Kılıç, selbst die Blutlache im Laden entfernen, da keine Tatortreiniger:innen geschickt wurden. Stattdessen durchsuchten Drogenspürhunde die Wohnung und die Schule stellte das Mädchen als Sicherheitsrisiko dar und legte ihr nahe die Schule zu wechseln. Laut Ermittlungsakte der Kriminalpolizei im Fall Enver Şimşek hielten sich die Angehörigen „mit der Äußerung eines Tatverdächtigen auffallend zurück“ und wurden deshalb verdächtigt, einen möglichen Täter innerhalb der Familie schützen zu wollen. Laut Einschätzung des ermittelnden Beamten stand damals fest, „dass die Witwe und die Familie bislang nicht ihr gesamtes Wissen zu möglichen Tathintergründen preisgegeben haben“.

„Nicht mal zwei Tage nach dem Mord wurden die Telefone der Hinterbliebenen abgehört. Beamte der Polizei befragten Nachbarschaft und Freund:innen, wie Şimşeks Witwe auf den Tod ihres Mannes reagiert und wie lange hat sie geweint hätte. Dieser wurde von der Polizei ein Foto einer anderen Frau gezeigt, mit der ihr Mann angeblich eine Beziehung geführt und mit der er zwei Kinder hätte. Dies war jedoch erlogen. Enver Şimşek kannte die Frau auf dem Foto nicht. Seinem Bruder wurde erzählt, dass sich Enver geäußert hätte ihn „fertig machen“ zu wollen, was ebenfalls erlogen war. Die Hochzeit einer Verwandten, die nur im engsten Familienkreis stattfand, anstatt wie üblich, im Rahmen einer großen Feier zelebriert“ zu werden, kam der Polizei ebenfalls verdächtig vor. Die Verwandte wurde gefragt, ob sie zu ihrem Onkel Enver Şimşek „eine intime Beziehung“ geführt habe.

Schilderungen wie die oben genannten, lassen erahnen, was für ein großes Problem die Institution Polizei mit Rassismus, Misogynie und Hass auf Linke hat. In anderen Ländern agiert die Polizei teils noch brutaler und rücksichtsloser. In Frankreich kommt es zur Zeit zu Ausschreitungen und Demonstrationen, nachdem ein Lager für Migrant:innen gewaltsam geräumt wurde, ein neues Video von rassistischer Polizeigewalt aufgetaucht ist und ein Vorschlag für ein neues Sicherheitsgesetz in der Nationalversammlung debattiert und in 1. Lesung verabschiedet wurde, das das Filmen von Polizist:innen im Einsatz unter Strafe stellt. Die Wut der Menschen auf die Polizei entlädt sich auf der Straße. Auch in vielen Ländern Südamerikas kommt es immer wieder zu Schwerverletzten

durch brutales Vorgehen der Polizei. Besonders feministische und antikapitalistische Proteste, wie zum Beispiel bei „Ni una menos“, die für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung auf die Straße gehen, trifft es häufig schwer. Autoritäre Regime weltweit nutzen Polizeiterror und Massenüberwachung, um jegliche gesellschaftliche Formierung, die sich für Demokratisierung und Aufklärung einsetzt, die der Freiheit entgegenstrebt, zu zerstören. Unsere Solidarität gilt deshalb allen Betroffenen von Polizeigewalt weltweit! Unsere Solidarität gilt allen Kämpfer:innen und Bewegungen, die sich gegen Willkür und Unterdrückung auflehnen!

In Nigeria, Hongkong, Indien, weltweit - und auch in Würzburg kämpfen wir weiter für eine befreite Gesellschaft und stellen uns gegen Polizeiwillkür und Polizeigewalt